

ITA

INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR

BÜLTEN BULLETIN

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 00-32-2- 230 34 72 BELGIEN

Nachdruck von Artikeln unter
Quellengabe INFO-TÜRK erlaubt

3. Jg. - April 1979
Deutsche Ausgabe Nr. 6
Preis: 1,50 DM
Jahresabonnement: 15,00 DM

SOZIALDEMOKRATISCHE REGIERUNG SCHWENKT NACH RECHTS

ANKARA (ITA) - Die sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident Ecevit hat dem wirtschaftlichen und finanziellen Druck der imperialistischen Staaten einerseits und den Provokationen der Rechtsopposition andererseits nachgegeben und eine amerikafreundliche, antidemokratische und chauvinistische Politik eingeschlagen; das ursprüngliche Ziel nach einer Demokratisierung des politischen Lebens in der Türkei steht offensichtlich nicht mehr auf der Tagesordnung. Bekanntlich hatte Ecevit Anfang 1978 die aus drei Parteien gebildete Koalitionsregierung der Nationalen Front unter Demirel mit den Stimmen von elf ehemaligen Abgeordneten der Gerechtigkeitspartei Demirels gestürzt. In dem daraufhin von Ecevit gebildeten Kabinett erhielten zehn dieser Abgeordneten Regierungsposten.

Ecevit, dessen Republikanische Volkspartei (CHP) 214 Sitze in der Nationalversammlung hat, verfügt dort nur über eine ganz knappe Mehrheit von 228 der 450 Abgeordneten. Ecevit begann seine Regierung mit dem Versprechen, die Hauptprobleme der Türkei - politische Gewalt, Wirtschaftskrise und Demokratisierung des politischen Lebens - zu lösen.

Doch trotz dieser Versprechen ist die türkische Wirtschaft weiterhin krisenerschüttert, liegt die Inflationsrate bei 60 %, gibt es 20 % Arbeitslose. Seit seiner Regierungsübernahme kamen etwa 1200 Personen durch politische Gewalttaten ums Leben, die durch neofaschistische Kräfte verursacht oder ausgeführt wurden. Darüberhinaus haben die westlichen Verbündeten der Türkei ihre Versprechungen auf finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für die Türkei nicht erfüllt.

Die Regierung Ecevit steht daher seit einiger Zeit unter wachsender Kritik sowohl der Rechten als auch der Linken. Eine erste politische Niederlage war die Verhängung des Kriegsrechts in 13 der 67 Provinzen des Landes als Reaktion auf das Massaker von Kahramanmaraş vor vier Monaten, bei dem 107 Personen ums Leben kamen. Aber trotz des Kriegsrechts hat der politische Terror

in der Türkei in den letzten Wochen noch zugenommen. Ein weiteres Zugeständnis an die rechten Kräfte bestand in den von Ecevit verkündeten einschneidenden wirtschaftlichen Sparmaßnahmen.

Die Führer der Rechtsopposition schlachten nun den Unmut der Bevölkerung gegen diese Sparmaßnahmen zu ihren Gunsten aus und sprechen immer häufiger von einem Sturz der Regierung Ecevit; Demirel ging sogar soweit, dem Premierminister das gleiche Schicksal wie Salvador Allende in Chile zu wünschen. Der Ex-Oberst Türkeş, der Führer der neofaschistischen Nationalen Bewegungspartei (MHP), stellte ebenfalls ein baldiges Ende der gegenwärtigen Regierung in Aussicht.

Um den Kampf für einen Sturz der Regierung zu beschleunigen, haben die beiden rechten Führer Kraftfahrer, Fuhrunternehmer, Händler und Handwerker zu einem Streik aufgerufen. Diese Aktion wurde allerdings von den Kriegsrechtsbehörden als illegal bezeichnet, und der Streik konnte daher nicht wirksam werden.

Herausforderung durch sechs unabhängige Minister

Kurz nach dem Scheitern dieses Sturzversuchs der rechten Opposition erklärten am 14. April 1979 sechs unabhängige Kabinettsminister, daß es ernste Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung gäbe. Ihre Kritik richtete sich auf drei Hauptprobleme: die Bekämpfung der politischen Gewalt, das kurdische Nationalitätenproblem in der Osttürkei und die Wirtschaftskrise.

Diese sechs von insgesamt zehn unabhängigen Ministern in der Regierung Ecevit forderten, unverzüglich wirksame Maßnahmen gegen die kurdische Nationalitätenbewegung und die Aktivitäten extrem linker Gruppen einzuleiten; sie verlangten weiterhin, daß den Forderungen einiger Mitglieder der Partei Ecevits, die Artikel 141 und 142 des Türkischen Strafrechts annullieren zu lassen, nicht stattgegeben werden soll. (Diese Artikel beschränken wichtige Rechte der Arbeiterklasse wie zum Beispiel Vereinigungsfreiheit und Pressefreiheit.)

Die Minister beklagten sich auch darüber, daß sie nicht bei allen wichtigen wirtschaftlichen Maßnahmen gehört wurden, und forderten die Regierung auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, "um ausländische Kredite zu erhalten" und "die außenpolitischen Beziehungen in Einklang mit den nationalen Interessen" zu organisieren; letzteres bedeutet für sie eine engere Bindung an die Westmächte.

Nach dieser unerwarteten Spaltung seines Kabinetts war Ecevit gezwungen, eine 17-stündige Ministerratssitzung abzuhalten, an deren Ende er neue Konzessionen bekanntgab. Nach der Sitzung erklärte Ecevit:

- Die Regierung ist entschlossen, Maßnahmen gegen separatistische Bewegungen einzuleiten; angesprochen sind die Kurdenfrage und andere demokratische Bewegungen.
- Alle staatlichen Sicherheitskräfte werden mobilisiert, um extremistische Kräfte auszuschalten und aus dem Staatsapparat zu entfernen.
- Alle Regierungsmitglieder stimmen darin überein, daß die kürzlich getroffenen Sparmaßnahmen durch Auslandskredite honoriert werden.

Ecevit bestätigte ebenfalls, daß seine Regierung nicht vorhat, die Artikel 141 und 142 des Türkischen Strafrechts annullieren zu lassen. Zum Nationalitätenproblem sagte er, daß es auf dem Territorium der Türkei nur eine Nation gebe, die türkische Nation, und jedes Gerede über ethnische Minoritäten wie die Kurden sei gegen die nationalen Interessen des türkischen Staates.

Eine erste Folge dieser neu orientierten Regierungspolitik ist das Verbot einiger fortschrittlicher kurdischer Organisationen durch Regierungsbehörden.

Durch diesen Rechtsruck hat die Regierung Ecevit alle Glaubwürdigkeit bei den fortschrittlichen Kräften in der Türkei verloren. Sie kann nun nur noch dadurch an der Macht bleiben, daß sie weitere Konzessionen an imperialistische und reaktionäre Kreise macht. Die ist ein Versagen sozialdemokratischer Politik, die sich nicht mit den Realitäten eines unterentwickelten Landes wie der Türkei vereinbaren läßt.

TÜRKISCHE REGIERUNG GIBT IWF NACH: LIRA ABGEWERTET

ANKARA (ITA) - Entgegen früheren Aussagen, die Türkische Lira nicht abzuwerten, hat Premierminister Ecevit am 10. April 1979 unmittelbar nach der Verkündung der bereits erwähnten Sparbeschlüsse weitere währungspolitische Entscheidungen bekanntgegeben, darunter die Einführung einer Beschränkung des Währungsumtauschs und die Abwertung der Lira gegenüber dem Dollar um 5,7 % und gegenüber dem Schweizer Franken um 9,6 %.

"Dieser Schritt war notwendig, um die großen Kursunterschiede bei den ausländischen Wechselkursen gegenüber der Türkischen Lira abzubauen", sagte ein Beamter.

Für türkische Arbeiter im Ausland sowie für Touristen, die die Türkei besuchen, wurden besonders vorteilhafte Umtauschkurse eingeführt: Diese Gruppen haben einen Umtauschvorteil von 40 %; sie erhalten für jeden eingetauschten Dollar 37 TL anstatt von offiziell 26,5 TL, für jede Deutsche Mark 19,42 TL anstatt von offiziell 13,86 TL.

Diejenigen Türken, die ihre Mark oder Dollar im Laufe des nächsten Monats in Lira umtauschen, erhalten als zusätzliche Vergünstigung sogar 47,1 TL pro Dollar und 24,65 TL pro D-Mark. Besonders diese letzte Bestimmung zielt darauf ab, den Fluß von Finanzmitteln türkischer Arbeitnehmer im Ausland in die Türkei hinein zu einer Zeit größter Knappheit an ausländischer Währung zu verstärken.

Die durch die obengenannte Vergünstigung erzielte Umtauschrate zwischen Dollar und Lira von 1:47,1 bedeutet eine Abwertung der Lira um nahezu 100 % und verdeutlicht, "wie nahe die Türkei dem Bankrott ist", schrieb ein Wirtschaftskommentator in der regierungsfreundlichen Tageszeitung CUMHURIYET. Demirel, der Führer der Rechtsopposition, verurteilte diese Maßnahme als "Legalisierung des Schwarzmarktes".

Einige Wirtschaftskommentare in der türkischen Presse stellten die Frage, woher die Mittel kämen, die für den Umtausch der jetzt ins Land gelockten Dollars notwendig sind. Diese Maßnahme muß entweder durch den Staatshaushalt finanziert werden, was zu Kürzungen anderer Investitionen führt, oder durch Vermehrung der Geldmenge, was inflationäre Folgen hat, meint die Tageszeitung MILLIYET in Istanbul.

So wie die jüngsten Sparmaßnahmen zu einer Preissteigerung um 100 % geführt haben, ohne daß ein gleiches Anwachsen von Löhnen und Gehältern absehbar ist, so wird sich auch diese neue inflationäre Abwertung wieder gegen die arbeitende Bevölkerung richten. Diese Maßnahmen, die eine Rettung der Türkei vor dem Bankrott allein durch Opfer der Arbeiter und Angestellten vorsehen, werden die sozialen Unruhen in der Türkei weiter verstärken. (C-M-H-DN-DG-19/4)

BELOHNUNG FÜR ZUGESTÄNDNISSE: TÜRKISCHE REGIERUNG ERWARTET AUSLANDSHILFE

ANKARA (ITA) - Nach der Verkündung der wirtschaftlichen Sparmaßnahmen und der Abwertung der Türkischen Lira erwartet die Regierung Ecevit nun Auslandskredite in Höhe von etwa 1,5 Mrd. Dollar.

Die gemeinsame Initiative der westlichen Länder, der Türkei einen Hilfskredit in dieser Höhe zur Verfügung zu stellen, war an eine Erfüllung der Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) gebunden. Der IWF hatte eine Abwertung der TL von wenigstens 30 % und strenge fiskalische Beschlüsse der Türkischen Regierung gefordert, die Ecevit zunächst als konjunkturhemmend abgelehnt hatte.

Jetzt traf Ziya Müezzinoğlu mit IWF-Beamten in Zürich zusammen, um die jüngsten Schritte der Türkischen Regierung zu erläutern, und Ecevit erklärte, daß die Regierung nunmehr davon ausgehe, die Verbindung zum IWF in einer neuen Gesprächsrunde reaktivieren zu können.

Die Türkische Regierung hat insgesamt Kredite in Höhe von 16,563 Mrd. Dollar von ausländischen Staaten und Finanzorganisationen angefordert. Nach Angaben der Tageszeitung HÜRRIYET vom 7. April 1979 soll dieser Kredit durch folgende Geldgeber aufgebracht werden (in Dollar):

IWF 550 Mill., Bundesrepublik Deutschland 1,337 Mrd., Bulgarien 264 Mill., Europäische Investment Bank 10 Mill., Weltbank 1,315 Mrd., USA 501 Mill., City Corporation 200 Mill., Libyen 575 Mill., Österreich 322 Mill., Norwegen 159 Mill., Rumänien 340 Mill., Jugoslawien 430 Mill., ein Bankkonsortium 3,135 Mrd., UdSSR 300 Mill., Iran 1,5 Mrd., OECD 1,6 Mrd., Schweden 20 Mill., 7 Großbanken 2,1 Mrd., 2 Französische Banken 180 Mill., Japan 2 Mrd..

Die Kredite der westlichen Geldgeber hängen von der Zustimmung des IWF ab.

Eine entscheidende Rolle bei den Versuchen, die Regierung Ecevit zur Annahme der IWF-Forderungen zu bewegen, spielte der Sonderbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland, Walter Leisler Kiep. Seine Aufgabe besteht in einer Koordination der westlichen Wirtschaftshilfe, und er führte vor seinem Türkei-Besuch Gespräche mit Beamten der OECD, des IWF und der USA. Gut informierte Kreise vermuten, daß die Bemühungen Kieps und die türkischen Zugeständnisse ein westliches Hilfspaket von wenigstens 1 Mrd. Dollar ermöglichen werden, woran sich die USA und die BRD mit jeweils 250 Mill. Dollar beteiligen; der Rest könnte von anderen OECD-Ländern (100 Mill.) und Krediten ausländischer Privatbanken (400 Mill.) kommen. Ein weiterer IWF-Kredit in Höhe von 400 Mill. Dollar wäre für 1980/81 denkbar.

Türkische Finanzkreise glauben, daß nach der Zusage dieses Hilfspakets nun auch andere bereits zugesagte projektbezogene Kredite der Europäischen Investment Bank, der Weltbank und der EG ausgezahlt werden.

Aus alledem folgt, daß sich nach den türkischen Zugeständnissen an die imperialistischen Mächte und Institutionen die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit der Türkei von den USA und ihren Verbündeten weiter vergrößert.

(C-M-DN-DG-18/4)

VERSTÄRKTE US-PRÄSENZ IN DER TÜRKEI

ANKARA (ITA) - Als Gegenleistung für die amerikanische Unterstützung versucht die Regierung der USA eine Verlängerung der Genehmigung für ihre Truppenstützpunkte in der Türkei zu erreichen.

Nach Angaben von Associated Press planen die Vereinigten Staaten eine Erhöhung des Hilfspakets, insbesondere wegen der gewachsenen militärstrategischen Bedeutung der Türkei nach dem Verlust amerikanischer Radarstationen im Iran. Türkische Regierungskreise bestätigen, daß die amerikanische Hilfsbereitschaft zu einer enormen Klimaverbesserung bei den Gesprächen über die Zukunft der 26 us-Stützpunkte im NATO-Land Türkei beitragen wird.

Zwei der Stützpunkte beobachten die sowjetischen Waffentests und spielen nach amerikanischen Angaben "eine Schlüsselrolle für den Fall eines SALT II - Abkommens zwischen der UdSSR und den USA, um die sowjetische Einhaltung der Vertragsbestimmungen zu überprüfen. Diese Ausspähungen vervollständigen die Erkenntnisse der amerikanischen Spionage-Satelliten."

Der Stützpunkt in Diyarbakir befindet sich auf einem Gelände namens Pirinlik, wo zwei riesige Radarantennen der amerikanischen Luftwaffe alle Bewegungen sowjetischer Trägerraketen oder Satelliten in diesem Gebiet auffangen. Ein anderer Stützpunkt in Sinop, auf der der Sowjetunion gegenüberliegenden Uferseite des Schwarzen Meeres, wird von Bediensteten der Streitkräfte häufig als "große Ohr" bezeichnet.

Die sowjetische Tageszeitung PRAWDA stellt kürzlich fest, daß die Türkei für das Pentagon "einen strategischen Waffenstützpunkt darstellt", nachdem die Vereinigten Staaten ihre Stützpunkte im Iran verloren haben, und fährt fort: "Es ist ein offenes Geheimnis, wie und wofür Washington diese Stützpunkte benutzt. Es genügt, daran zu erinnern, daß der Spionage-Pilot Powers seinerzeit seine berüchtigten Spähflüge von dem amerikanischen Stützpunkt Incirlik (Türkei) aus unternahm. Das Pentagon läßt dabei die nationalen Interessen des Türkischen Volkes völlig außer acht, seinen Wunsch, in Frieden und Freundschaft mit seinen Nachbarn zu leben. Eine größere us-Präsenz in der Türkei kann den Einfluß Washingtons im gesamten Nahen Osten vergrößern."

Geheimnisvolle Besuche des amerikanischen Botschaftssekretärs

Robert Alexander Peck, der erste Botschaftssekretär der Vereinigten Staaten, wurde erneut bei einem Besuch in Suluova in der Provinz Amasya gesehen, wo immer wieder blutige Gewalttaten durch neofaschistische Elemente verübt werden. Bereits vor zwei Monaten war er in demselben Gebiet gesehen worden; kurze Zeit später ereigneten sich faschistische Anschläge auf Mitglieder der Aleviten (türkische Glaubensbrüder der iranischen Schiiten). Peck hatte auch Zypern besucht und dort verdächtige Kontakte geknüpft. (C-M-DN-DG-15/4)

20 CIA-FUNKTIONÄRE IM STAATLICHEN TÜRKISCHEN NACHRICHTENDIENST

ANKARA (ITA) - Das Militärgericht der türkischen Streitkräfte verurteilte am 9. April 1979 einen ehemaligen türkischen Nachrichtendienstchef zu einer 17-jährigen Gefängnisstrafe, weil er die CIA und den britischen Nachrichtendienst mit geheimen Informationen versorgt hatte. Der Verurteilte, Sabahattin Savasman, ehemaliger Vizepräsident des Staatlichen Türkischen Nachrichtendienstes (MIT), sagte zu seiner Verteidigung, daß die Anschuldigung lächerlich sei, da der Geheimdienst eng mit der CIA und dem britischen Nachrichtendienst zusammenarbeite. Er fuhr fort: "Es gehört zur täglichen Praxis der MIT, diese ausländischen Nachrichtendienste mit geheimen Informationen zu versorgen. Es gibt allein 20 CIA-Funktionäre in der MIT. Darüberhinaus steht das amerikanische Personal der 26 Militärstützpunkte in der Türkei in ständigem Kontakt mit mehr als 30.000 Türken, was dazu führt, daß sie jede gewünschte Information erhalten können. Wenn ich schuldig bin, dann bedeutet das, daß die MIT ebenfalls schuldig ist."

Beobachter vermuten, daß diese Verurteilung das Ergebnis interner Fraktionskämpfe in der MIT ist. (C-DG-10/4)

FASCHISTISCHER TERROR RICHTET SICH GEGEN SOZIALISTISCHE PARTEIFÜHRER

ISTANBUL (ITA) - Trotz des Kriegsrechts in 13 Provinzen der Türkei geht der faschistische Terror im Lande weiter und richtet sich nun direkt gegen die Führer sozialistischer Parteien.

Am 17. April 1979 wurde der Zahnarzt Yasar Dirgen, der örtliche Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) in Tarsus erschossen.

Vorher, am 29. März 1979, wurde der Sitz der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) von "Grauen Wölfen" überfallen, wobei Aydogan Gezer, der Organisationssekretär der Partei, verwundet wurde.

Am 7. April 1979 wurde der Vorsitzende der Arbeitspartei der Türkei (TEP), Mihri Belli, von "Grauen Wölfen" in der Innenstadt von Istanbul überfallen. Der Angreifer fragte vorher sein Opfer, ob er wirklich Belli sei. Als jener bejahte, eröffnete der Täter das Feuer und verletzte Belli schwer. Das Opfer identifizierte seinen Angreifer als Cengiz Ayhan, ein bekanntes Mitglied der "Grauen Wölfe".

Als Senator Ali Elverdi, Mitglied der Gerechtigkeitspartei, hörte, daß Belli den Überfall überlebt hat, sagte er: "Belli ist angeschossen worden; warum konnten sie den verdammten Kerl nicht zur Hölle schicken!" (Ali Elverdi, ein ehemaliger Armeegeneral, war Vorsitzender eines Militärgerichts in der Kriegsrechtsperiode zwischen 1971 und 1974. Damals hatte er drei Jugendliche, Deniz Gezmis, Yusuf Arslan und Hüseyin Inan, zum Tode verurteilt; sie wurden am 6. Mai 1972 hingerichtet.) Im gleichen Gespräch beleidigte der ehemalige General Elverdi auch Premierminister Ecevit mit den Worten: "Von Zeit zu Zeit läßt Gott Schurken auf die Menschheit los; Ecevit ist einer von ihnen. Nach seiner Schulausbildung ging er in die USA. Dort trieb er sich herum, anstatt sich weiterzubilden. Nun versucht Ecevit, die Türkei kommunistisch zu machen."

Der Generalsekretär der Lehrgewerkschaft TÖB-DER, Kemal Uzun, gab bekannt, daß innerhalb der letzten zwei Jahre 42 Mitglieder dieser Organisation bei politischen Gewalttaten ums Leben kamen.

Am 17. April 1979 sagte der "Graue Wolf" Mehmet Uzar vor einem Militärgericht in Ankara anläßlich einer Anklage wegen politischen Mordes aus, daß der Abgeordnete der Nationalen Bewegungspartei Sadi Somuncuoglu ihn beauftragt hatte, den linksgerichteten Senol Güler zu erschießen.

Im letzten Monat sind 94 Personen durch politische Gewalttaten ums Leben gekommen. Damit steigt die Zahl der Opfer politischer Gewalttaten während der 15-monatigen Regierungszeit Ecevits auf insgesamt 1201. Im folgenden dokumentieren wir die politischen Morde des letzten Monats:

15. März: Der Ingenieur Serdar Vidinli (Ankara), Mustafa Camlibel (Agri), der Lehrer Seyda Ertan und der Student Ibrahim (Antalya), der linke Student Satilmis Karacabey (Konya), der linke Student Müslim Sahin (Gaziantep)
16. März: Der rechte Lehrer Cafer Celik (Samsun), der "Graue Wolf" Mustafa Candan (Konya)
17. März: Isa Yilmaz (Tokat)
18. März: Mustafa Demir (Gaziantep), der Student Mustafa Tastangil (Tokat)
19. März: Der linke Student Kadir Kaikan (Trabzon), der Dorfvorsteher Abdullah Sakar (Diyarbakir)
20. März: Die Gefangenen Cebbar Cildiroglu, Alaattin Kuzu und Nisan Demirci (Edirne)
21. März: Der rechte Student Taner Kalkanci (Bursa), der Student Cetin Karadere (Ankara), der Arbeiter Resul Yildirim (Gaziantep)
22. März: Der rechte Student Sadik Acar (Gaziantep), der Polizist Avni Kullu (Adana)
23. März: Der Bauer Necdet Basalak (Tarsus), der Student Müslim Polat (Urfa), Saban Bahceci (Diyarbakir), Hüseyin Sen (Istanbul)
24. März: Der linke Lehrer Mustafa Yolcu (Kayseri), der linke Student Kamuran Yeni und Necdet Mehmet (Adana)
25. März: Der Postangestellte Hüseyin Aytek, der linke Student Necdet Civi (Adana), der Rechtsanwalt Ugur Selim Tekin, Mitglied der CHP, (Tokat)
26. März: Der örtliche Vorsitzende der Nationalen Bewegungspartei Ali Tezdogan, der Arbeiter Mustafa Sari (Istanbul), die Kraftfahrer Abbas Bahsi und Mehmet Ali Boglu, die Studenten Ali Saygili, Mehmet Yigit und Ali Ihsan Dogan (Gaziantep), der linke Jugendliche Ismail Korkmaz (Ünye), Sefer Sayan, Murullah Elmas und die Hausfrau Emine Acar (Balikesir), die Brüder Ramazan und Sadun Hasimoglu (Mardin)
27. März: Der linke Student Mesih Yörük (Mersin)
28. März: Der rechte Schuster Nihat Akarca (Uzak)
29. März: Der linke Techniker Demir Yarasik (Bursa), die rechtsgerichteten Arbeiter Mustafa Örum (Eskisehir) und Mustafa Ciftci (Gaziantep)
30. März: Der linke Student Ali Yaylacik (Gaziantep)
31. März: Der Polizist Mustafa Dag (Kayseri), der Student Ismail Hakki Güney (Istanbul)
1. April: Der linke Arbeiter Temel Akyüz (Bursa)
3. April: Recep Pinar (Izmir), der rechte Lehrer Yasar Aytun (Tunceli), der linke Polizist Rahmi Nuray (Erzurum)
4. April: Der Polizist Dursun Candan (Diyarbakir), der linke Lehrer Ismail Cinar, der rechte Kaufmann Mehmet Özdemir (Adana), der Student Fikret Akisik (Istanbul)
5. April: Der linke Student Mehmet Mart, der rechte Mustafa Sahin, der Arbeiter Ismail Taser, der aus der BRD kam und Ferien machte (Adana)
7. April: Der linke Arbeiter Attila Can (Istanbul), der Arbeiter Hakki Yüksel (Adana), der rechte Student Hasan Selim Hamayoglu (Bursa), der Student Saban Celik (Cankiri), der linke Metin Turgut (Elazig)
8. April: Die Wachmänner Ali Karakuzu und Hasan Cirakli (Manisa)
9. April: Der rechte Arbeiter Yusuf Cam (Malatya), die Fahrer Rahmi Aktas (Bolu), Ramazan Cetinkaya (Antalya), Ali Baydur (Diyarbakir)
10. April: Onur Orcan (Istanbul), der Student Kazim Güner (Diyarbakir)

- 11.April: Der Arbeiter Mehmet Ince (Adana)
- 12.April: Der amerikanische Soldat Edward Claypool (Izmir), der Polizist Necati Ugur (Diyarbakir), die linken Studenten Zeki Erdogan und Mustafa Erdogan (Denizli), der rechte Student Resat Kilic (Amasya)
- 13.April: Der Bankdirektor Ömer Sunar (Ankara), die Polizisten Bilal Yavuz und Mehmet Düsgör, die Hausfrau Zümrüt Uygur und ein unbekannter Terrorist (Istanbul), der 15-jährige linke Schüler Saynur Evren (Adana) der linke Wachmann Hasan Kilic (Isparta)
- 14.April: Der linke Student Hüseyin Sancak (Tunceli), der Student Canan Oguz Müjde (Diyarbakir), Ahmet Bülbül (Samsun), Ömer Yakut (Gaziantep), der Hotelgeschäftsführer Veysel Toprak und der Kellner Ali Inceoglu (Istanbul)
- 15.April: Salih Barlik (Gaziantep)
- 16.April: Der Arbeiter Mehmet Kasikyaman (Istanbul)
- 17.April: Der Zahnarzt Ahmet Yasar Erberk, ehemaliger örtlicher Vorsitzender der MHP (Tarsus), der linke Student Ahmet Gök (Samsun)

WIDERSPRÜCHLICHE ENTSCHEIDUNGEN ZU DEN ARTIKELN 141 UND 142

ANKARA (ITA) - Während sich alle demokratischen Kräfte in der Türkei einig sind im Kampf für eine Abschaffung der faschistischen Strafrechtsartikel 141 und 142, die die Meinungs- und Koalitionsfreiheit der türkischen Arbeiterbewegung beschneiden, hat das Verfassungsgericht kürzlich eine Entscheidung zugunsten dieser Artikel gefällt.

Wie berichtet, hat der Zweite Strafgerichtshof in Istanbul den Fall eines Verlegers, der beschuldigt worden war, kommunistische Lehren verbreitet zu haben, an das Oberste Verfassungsgericht weitergeleitet, um die Vereinbarkeit der betreffenden Strafrechtsartikel mit der Türkischen Verfassung prüfen zu lassen. Das Verfassungsgericht hat diesen Schritt aus formalen Gründen am 21. März 1979 zurückgewiesen. Es erklärte, daß unter dem gegenwärtig herrschenden Kriegsrecht nur Militärgerichte befugt seien, gegen Personen zu verhandeln, die die fraglichen Artikel verletzt haben; ein Zivilgericht könne solche Fälle nicht behandeln und sie daher auch nicht an das Oberste Verfassungsgericht weiterleiten. Diese Entscheidung kann als ein Schachzug der konservativen Richtermehrheit im Verfassungsgericht angesehen werden, um die fraglichen Artikel in Kraft zu halten.

Im Gegensatz zu dieser Entscheidung des Verfassungsgerichts kam der Militärgerichtshof in Istanbul am 4. April 1979 in einem anderen Fall zu der Rechtsauffassung, daß Anklagen gemäß Artikel 141 und 142 nicht vor Militärgerichten, sondern vor Zivilgerichten verhandelt werden sollen. In einem weiteren Fall entschied das Militärgericht in Ankara am 13. April 1979 in gleicher Weise.

Diese widersprüchlichen Entscheidungen müssen nun vor einem besonderen Appellationsgericht verhandelt werden.

Inzwischen hat der unabhängige Parlamentsabgeordnete für die Provinz Mardin einen Antrag in die Nationalversammlung eingebracht, der eine Streichung der Strafrechtsartikel 141, 142 und 163 vorsieht. Der Antrag steht zwar bereits auf der Tagesordnung des Parlaments, er hat aber keine Erfolgchancen, da Ecevit diese Initiative nicht unterstützt.

Der 15-köpfige Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei der Türkei (TSIP) steht immer noch vor Gericht, weil seine zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution veröffentlichte Erklärung angeblich einen Verstoß gegen Artikel 142 darstellt.

Desweiteren hat der Oberste Staatsanwalt der Türkei ein Verfahren gegen die Arbeitspartei der Türkei (TEP) beim Verfassungsgericht eingeleitet mit dem Ziel, diese Partei verbieten zu lassen, weil sie Separatismus befürwortet.

17 Herausgeber zu Gefängnisstrafen verurteilt

Nach Angaben der Tageszeitung CUMHURIYET vom 3. März 1979 ist die Zahl der zu Gefängnisstrafen verurteilten Herausgeber von Zeitungen auf 17 gestiegen; Die Prozeßunterlagen befinden sich nunmehr beim Kassationshof.

In den letzten Wochen wurden der frühere Herausgeber der Tageszeitung POLITIKA, Isik Yurtcu, zu sieben Monaten, der frühere Herausgeber der Wochenzeitschrift YURUYUS, Metin Culhaoglu, zu 10 Monaten und der Herausgeber der Tageszeitung BUGÜN, Necdet Onur, ebenfalls zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.
(C-M-H-18/4)

DISK BESCHLOß DIE MAIDEMONSTRATION AUF DEM PLATZ DES 1. MAI ABZUHALTEN

ISTANBUL (ITA) - Der Generalsekretär der Vereinigung fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK) erklärte, daß die Arbeiterklasse am 1. Mai eine Massendemonstration auf dem Platz des 1. Mai (Taksimplatz) abhalten werde, obwohl die Kriegsrechtsbehörde angedeutet hatte, eine solche Versammlung nicht zu genehmigen.

Isiklar sagte wörtlich: "Die Maidemonstration wird auf dem Platz des 1. Mai abgehalten, selbst wenn sie Hunderttausende von uns ins Gefängnis werfen. Schließlich braucht man erst einmal ein Gefängnis für Hunderttausende... Sie werden sehen, was passiert. Wir, die Arbeiterklasse, haben bisher nichts gewonnen, was also könnten wir verlieren." Er erinnerte an Ecevit's Rede von 1977 auf dem gleichen Platz unter ähnlichen Drohungen und fügte hinzu: "Die Arbeiterklasse ist weitaus mutiger als der Premierminister. Wir fürchten uns nicht."
(C-M-DN-DG-17/4)

DISK BEANTRAGT AUFNAHME IN DEN EUROPÄISCHEN GEWERKSCHAFTSBUND

BRÜSSEL (ITA) - Vom 21. bis 23. März 1979 besuchte eine Delegation der Vereinigung fortschrittlicher Gewerkschaften der Türkei (DISK), der ihr Generalsekretär Fehmi Isiklar und ihr Vizepräsident Mukbil Zirtiloglu angehörte, die Geschäftsstellen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), des Weltgewerkschaftsbundes, des Christlichen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbundes, um die Beziehungen zwischen der DISK und der europäischen Gewerkschaftsbewegung zu verbessern. Die Delegation traf auch mit Vertretern von Gewerkschaftsdelegationen anderer europäischer Länder wie z.B. Großbritannien, Frankreich, Dänemark und Holland zusammen.

Die türkische Delegation gab einen Bericht über die gegenwärtige Situation in der Türkei, besonders unter sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Sie betonte dabei zum einen den von imperialistischen Kräften unterstützten Terror faschistischer Kreise, der sich gegen Demokraten, Intellektuelle und engagierte Vertreter der Arbeiterklasse richtet, zum anderen die Arbeitslosigkeit und die Inflation in der Türkei. Die Delegation verurteilte das Geschäftsgebahren der multinationalen Gesellschaften in der Türkei und die Interventionen des Internationalen Währungsfonds (IWF) in die Wirtschaftspolitik der türkischen Regierung, wodurch sich die Lebensverhältnisse der Arbeiter weiter verschlechtern.

Die Vertreter der DISK erläuterten die Gründe, warum sie eine Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsbund beantragen. (MK-HC-DG-28/3)